



Bernd Fix <bernd@wauland.de>

Zürich, September 2011

Version 1.1 (9. Oktober 2011)

# Das Internet darf kein rechtfreier Raum sein!

## Legitimität und Formen des politischen Protestes im Internet

*Spätestens seit das Internet zu einem Mainstream-Medium und damit zu einem Spiegelbild der gesellschaftlichen Realität geworden ist, versuchen uns selbsternannte Moralapostel verschiedenster Couleur vorzuschreiben, wie und wo wir uns im Internet zu bewegen haben und was wir dort tun dürfen und was nicht. Besondere Empfindlichkeiten gibt es vor allem immer dann, wenn es um politische Proteste und Aktionen im Netz geht; solche Formen der Unmutsäusserung werden vorzugsweise als „Cyberterrorismus“ diffamiert und das Internet als rechtfreier Raum hingestellt, der mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln überwacht werden muss.*

*Dem gilt es entgegen zu wirken. Hier soll es aber nicht darum gehen, das 42. Internet-Manifest zu verfassen, in dem die Grundrechte im Internet wie Anonymität, Informationsfreiheit oder informationelle Selbstbestimmung formuliert werden – dies haben schon ausreichend Organisationen und Einzelpersonen vom CCC über die EFF mit John Perry Barlow bis hin zum Internationalen Verband der Bibliothekarischen Vereine gemacht. Dass das Internet in dieser Hinsicht kein rechtfreier Raum sein darf, darüber sind wir uns wohl alle einig.*

*Stattdessen sollten wir jetzt ernsthaft anfangen darüber zu diskutieren, welche Formen und Mittel der politischen Aktion wir im Internet für legitim halten, um diese Rechte auch aktiv einzufordern, um das öffentliche Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Veränderung zu sensibilisieren und die Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen diese (neuen) Grundrechte garantiert und geschützt werden können. Genau genommen geht es also um das Recht, sich durch Proteste und Aktionen im Internet politisch zu artikulieren – auch hier darf das Internet kein rechtfreier Raum sein. Dabei sollte sich die Diskussion nicht auf Internet-Themen beschränken; Proteste im Internet können und sollten auch Anliegen betreffen, die nicht die digitale Welt an sich zum Gegenstand haben.*

# Inhaltsverzeichnis

Legitimität der politischen Aktion im Internet.....	3
Wirksamkeit der politischen Aktion im Internet.....	4
Formen der politischer Aktionen im Internet.....	5
Stufe 1: Freie Meinungsäusserung.....	6
Stufe 2: Webdefacing – Graffiti/Plakatierung.....	6
Stufe 3: Petitionen.....	7
Zwischenbemerkungen.....	8
Stufe 4: Demonstrationen.....	8
Stufe 5: Streik/Boykott.....	9
Stufe 6: DDoS / Sitzblockade.....	10
Zwischenbemerkungen.....	10
Stufe 7: Inanspruchnahme von legitimen Rechten.....	11
Stufe 8: Eskalation.....	11
Abschliessende Bemerkungen.....	12

---

## Legitimität der politischen Aktion im Internet

---

Viele Hacker – gerade auch die organisierten Hacker des CCC – haben oft ein Problem mit dem Begriff „Politik“ und „politischer Aktion“. Der CCC ist zwar überparteilich, aber unpolitisch muss er deswegen noch lange nicht sein. Wer Wau Holland und andere Geburtshelfer des CCC kennt, weiss auch, dass das weder gewünscht noch gewollt war. „*Politik ist Lebensgestaltung*“ hat Pestalozzi mal gesagt und es gilt eben auch die Umkehrung: *Wer sein Leben aktiv gestaltet, macht notgedrungen auch Politik*. Und weil für uns als Hacker diese Lebensgestaltung wesentlich im Internet stattfindet, sollten wir uns auch die Frage nach dem politischen Handeln im Internet stellen.

Ich halte es für angebracht, wenn wir dabei die Diskussion über politische Proteste und Aktionen im Internet nicht primär an der Frage orientieren, was *legal* ist – sondern vielmehr daran, was wir für *legitim* halten. *Legalität* basiert immer auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens und wir müssen einsehen, dass Veränderung nicht auf einem Konsens basieren kann. Der Anstoss zur Veränderung muss notwendigerweise gegen den Konsens erfolgen; dafür braucht es Menschen, die den Mut haben, eine Position zu beziehen und konsequent gegen den Mainstream und die allgemeine Gleichgültigkeit zu vertreten und am wichtigsten – die auch den Mut haben, die Konsequenzen aus dieser Haltung und den sich daraus ergebenden legitimen Protesten zu ertragen.

*Legitimer Protest* basiert nicht auf den Formulierungen und der Auslegung von Gesetzen, sondern auf der *moralischen Rechtfertigung von Handeln*. Aus dieser Sicht sind deshalb die aktuellen Proteste der Bevölkerung in den arabischen Ländern legitim, aber bei weitem nicht legal – jedenfalls nicht aus Sicht der lokalen Gesetze. Gleiches galt vor 30 Jahren für die Sitzblockaden in Mutlangen gegen die Stationierung von Atomraketen – auch dort sind Leute für „legitimen Protest“ vor Gericht gekommen und strafrechtlich verfolgt worden, weil ihr Handeln nach damals gültigen Gesetzesinterpretationen nicht legal war. Das letzte Beispiel zeigt aber auch sehr schön, wie aus einem „legitimen“ Protest ein „legaler“ Protest werden kann; seit einem Urteil des BVerfG im Jahr 1995 erfüllen Sitzblockaden nicht mehr den Straftatbestand der Nötigung, sondern sind durch Artikel 8 des Grundgesetzes (Versammlungsfreiheit) unter Schutz gestellt.

Für uns Hacker könnte „*legitim*“ vor allem durch die Hackerethik als moralische Leitplanke für unser Handeln im Cyberspace begründet werden; leider steht in der Hackerethik wenig Konkretes zum Thema „Protestaktionen“. Vielleicht wäre es nach über 25 Jahren an der Zeit, mal über eine Fortschreibung der Hackerethik nachzudenken; daher will ich im folgenden versuchen, einen hacker-kompatiblen Ansatz für die dazu notwendige Diskussion zu finden.

Das Internet wird heute von mehr und mehr Menschen – und nicht nur Hackern – als eine Erweiterung des klassischen öffentlichen Raums verstanden und es ist daher nur zu verständlich, dass diese "*digital natives*" im Internet die gleichen Rechte und Pflichten für sich in Anspruch nehmen wollen, die für den bisherigen öffentlichen Raum über Jahrzehnte – wenn nicht sogar Jahrhunderte – mühsam erkämpft worden sind. Erkämpft klingt vielleicht etwas militant, aber Tatsache ist: *Rechte wurden zu keinem Zeitpunkt der Geschichte verschenkt, sondern mussten immer von Wenigen für Viele errungen werden*.

Zu diesen Rechten gehört auch das Recht auf verschiedenste Formen des politischen Protestes. Das *Misstrauen in Autoritäten*, so wie es die Hackerethik propagiert, muss sich nach aussen im

öffentlichen Raum – auch im Internet - manifestieren können. Damit dies geschehen kann, müssen vor allem die möglichen Formen des Protestes im Internet – manchmal als „*digital direct action*“ bezeichnet – differenziert betrachtet und bewertet werden; alles über den Kamm „Cyberterrorismus“ zu scheren trägt nicht dazu bei, einen sozialen Frieden im Internet herzustellen – im Gegenteil: durch die Kriminalisierung der Form wird auch das Anliegen selbst kriminalisiert und abgewertet.

Dies ist vielleicht der wichtigste Punkt überhaupt: Wir dürfen nicht zulassen, dass politischer Protest im Internet auf die (technische) Form reduziert wird, sondern müssen dafür Sorge tragen, dass immer der Inhalt bzw. das politische Anliegen selbst im Vordergrund stehen. „*Form follows function*“ heisst dabei auch, dass der Inhalt sich in der Form wiederfinden lassen muss und es einen Bezug zwischen beiden gibt, der von der Öffentlichkeit erkennbar ist. Auf der anderen Seite darf es eben nicht passieren, dass die Form mit dem Inhalt *gleichgesetzt* wird und die Ablehnung der Form praktisch automatisch zu einer Ablehnung des Inhaltes führt, denn dies ist genau die Strategie derjenigen, die alles als „Cyberterrorismus“ abkanzeln.

Nur mit dem *Primat des Inhaltes* kann die dringend notwendige Differenzierung auch argumentiert und Parallelen zu „akzeptierten“ Protesten im klassischen öffentlichen Raum hergestellt werden. Dies ist notwendig, wenn wir die Leute dort abholen wollen, wo sie gerade stehen – oder besser noch: was sie gerade verstehen. Am einfachsten findet man vielleicht den Zugang zu den „*digital direct actions*“, wenn wir sie – in Form von Analogien – auf Protest- und Aktionsformen im RealLife übertragen und uns fragen, welche Bewertung und welcher gesellschaftliche Konsens damit heute verbunden ist und in welcher Form sich dies auf die Aktionen im Internet übertragen lässt – aber wie immer haben Analogien ihre Grenzen.

Diese Grenzen finden sich speziell auch bei der juristischen Bewertung, da Aktionen im Internet auf Grund ihres möglichen globalen Charakters auch schwieriger zu bewerten sind, denn eine eindeutige Zuordnung zu einer bestimmten Jurisdiktion ist oft nicht mehr möglich. Wenn ich zum Beispiel aus der Schweiz heraus eine Webseite in Amerika deface, welche Rechtsordnung findet dann Anwendung? Diese Uneindeutigkeit schwingt im folgenden immer mit, wenn es um die juristische Einordnung von Aktionen im Internet geht.

Auf eines sei an dieser Stelle auch noch mal ausdrücklich hingewiesen: es geht nicht darum, dass Formen des politischen Protestes im Internet die klassischen Formen politischer Aktion ablösen, sondern es geht vielmehr darum, dass sie als logische Ergänzung und Fortführung akzeptiert sind und praktiziert werden können.

---

## Wirksamkeit der politischen Aktion im Internet

---

Bevor ich näher auf die verschiedenen möglichen Formen der politischen Aktion im Internet eingehe, möchte ich kurz und nur skizzenhaft noch zu einem schwierigen Punkt kommen, nämlich der Frage nach der Wirksamkeit der politischen Aktion – und zwar nicht nur im Internet. Dabei geht es also um das Grundverständnis klassischen politisches Handelns: um die Annahme, dass es die Gesellschaft wirklich und grundlegend verändern kann.

Dem gegenüber steht die Position der Tiqqun-Gruppe, dass die heutigen politischen Gegenbewegungen im gleichen Weltbild verfangen sind wie das Gesellschaftssystem, das sie zu verändern suchen. Das ist genau so wie in der Matrix-Triologie: In Wirklichkeit ist der „Auserwählte“ nicht anderes als die notwendige Eskalation von Abweichungen, die die an sich homöostatische (Schein-)Welt als Korrektiv braucht, um wieder ein Gleichgewicht im alten Grundmuster zu finden.

Aus dieser Perspektive verändern klassische Gegenbewegungen die Gesellschaft nicht, sondern lassen sie im etablierten Sinne nur besser funktionieren. Diese scheinbar pessimistische Einstellung – wenn sie denn zuträfe – hätte natürlich auch Einfluss auf die Form der politischen Aktion; etwas, worüber es sich durchaus lohnt, nachzudenken – auch wenn es nicht Gegenstand der weiteren Ausführungen sein soll.<sup>1</sup>

---

## Formen der politischer Aktionen im Internet

---

Die Formen des politischen Protestes im Internet, die ich im folgenden näher betrachten möchte, bilden vielleicht so etwas wie eine Kaskade, wobei die subjektive Klassifizierung nach „Heftigkeit der Aktionsform“ erfolgen soll – untere Stufen sind also weniger „heftig“ als obere Stufen – oder werden zumindest von einer grösseren Mehrheit so empfunden. Bei einem konkreten politischen Protest sind alle Stufen dieser Kaskade natürlich gemäss der Forderung „Primat des Inhaltes“ über das gemeinsame Ziel oder Anliegen eng miteinander verbunden.

Diese Kaskade ist zum einen eine Eskalations- als auch eine Legitimierungs-Kaskade, weil die Anwendung einer höheren Stufe nur dann sinnvoll argumentierbar ist, wenn auch die vorherigen unteren Stufen vorhanden sind, aber alleine nicht ausreichend erscheinen, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Dadurch legitimieren untere Stufen gleichsam die Anwendung einer höheren Stufe, wobei der Übergang zwischen den Stufen durchaus fließend sein kann.

Dieses Stufenmodell hat aus meiner Sicht drei gute Gründe:

1. Es erlaubt mehr Menschen, die ein gemeinsames Anliegen haben, die jeweils aus ihrer Sicht angemessene Form des Protestes zu wählen und schafft damit auch mehr Akzeptanz für das Anliegen an sich. Die Kaskade hat dann zudem die Form einer Pyramide, da mehr Menschen die weniger „heftigen“ Formen des Protestes wählen werden.
2. Die grössere Masse von „Aktivisten“ auf den unteren Stufen „schützt“ zudem gleichzeitig die Aktivisten, die eine eskalierte Form des Protestes wählen. So gehen viele Menschen auf Greenpeace-Demos, aber nur wenige klettern auf Schornsteine. Gäbe es nur Schornsteinkletterer, dann wäre Greenpeace vermutlich als Ökoterrorismus verpönt.<sup>2</sup>
3. Es ist für viele Menschen eine Frage der Angemessenheit der Mittel, welche Form der Aktion sinnvoll ist und deshalb nur schwer zu verstehen, dass man immer gleich zum schwersten Hammer greifen muss, nur weil man einen in der Werkzeugkiste hat.

---

<sup>1</sup> Interessierte seien hier auf das Essay „Kybernetik und Revolte“ verwiesen, das sich als PDF im Internet findet.

<sup>2</sup> Siehe die Diskriminierung der Öko- und Tierrechtsaktivisten in den USA; dort gelten die ELF (Earth Liberation Front) und ALF (Animal Liberation Front) auch auf Grund ihrer reduzierten Aktionsformen als „Terroristen“.

## Stufe 1: Freie Meinungsäußerung

---

Die unterste Stufe der Aktionsform ist vermutlich, einfach nur seine Meinung öffentlich kundzutun – also sein Recht auf Meinungsfreiheit zu nutzen, indem man zum Beispiel auf seiner Homepage einen entsprechenden Text oder Banner plaziert (wie den von der früher sehr beliebten „Blue Ribbon Campaign“ der EFF) oder dies in einem öffentlichen Forum postet und damit seine zumeist nur informelle Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Aktion bekundet.

In der realen Welt entspricht diese Aktionsform vielleicht am ehesten dem Tragen eines T-Shirts oder Buttons mit entsprechendem Schriftzug oder dem Aufhängen eines Plakates am schwarzen Brett im öffentlichen Raum. Es spielt in diesem Zusammenhang auch keine Rolle, ob es hier um eine individuelle oder schon um eine kollektive Meinungsäußerung geht.

Alles in allem ist dies eine weitgehend akzeptierte politische Aktionsform, die zudem hier in Europa sogar legal ist – nicht zuletzt vielleicht auch deshalb, weil sie oft mehr dem persönlichen Wohlgefühl des „Aktivisten“ und dem Ausdruck einer Gruppenzugehörigkeit dient als tatsächlich andere dazu bewegt, auch über das Anliegen nachzudenken und sich gegebenenfalls zu engagieren – Meinungsäußerungen dieser Art gehen in der Flut der (Internet-)Angebote eher unter und sind leicht zu ignorieren.

Als entscheidender Faktor in der Gruppenbildung und der Formulierung einer kollektiven politischen Forderung ist diese Aktionsform aber nicht zu unterschätzen und damit vielleicht sogar die wichtigste Form des politischen Protestes überhaupt, weil die anderen ohne sie nicht denkbar wären.

Aus juristischer Sicht ist die Aktionsform als solche weniger relevant als eventuell der damit verbundene Inhalt; wer statt des „Blue Ribbon“ das Hakenkreuz auf seine Homepage plaziert, kann durchaus strafrechtlich verfolgt werden – Meinungsfreiheit hat bei uns hier ihre deutlichen Grenzen.

Auch wenn es schwer fällt: Wir sollten uns dem nicht gedankenlos anschließen. Rosa Luxemburg hat es einmal so ausgedrückt: „*Freiheit ist zuerst immer einmal die Freiheit der Anderen*“. Wenn wir uns das Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen, müssen wir es auch jedem anderen zugestehen – ob uns seine Meinung gefällt oder nicht. Es gibt keine Gedankenverbrechen – das überlassen wir besser den Orwell'schen Diktaturen und beurteilen – ganz ähnlich wie es auch in der *Hackerethik* steht – die Menschen nach ihren Taten und nichts anderem.

Auch wenn die Themen „Grenzen der Meinungsfreiheit“ und „Zensur“ zu den wichtigsten Themen der Netzwelt an sich gehören, will ich hier nicht weiter darauf eingehen, da es hier nur um die Aktionsformen als solche gehen soll.

## Stufe 2: Petitionen

---

Petitionen sind eine logische Fortführung der vorherigen Stufe; sie sind so etwas wie die koordinierte und organisierte Meinungsäußerung gegenüber einem speziellen Adressaten. Während die reine Meinungsäußerung eher passiv ist, wird hier aktiv die Meinung „an den Mann gebracht“ – man wartet nicht mehr, bis der Adressat über die Meinung stolpert, sondern sie wird ihm gezielt unter die Nase gehalten.

Petitionen im Internet unterscheiden sich inhaltlich und formal wenig von Petitionen in der realen Welt. Allerdings dürften digitale Petitionen noch weniger Einfluss als Petitionen im RealLife

haben, denn es macht ganz sicher schon einen Unterschied in der Wahrnehmung aus, ob man 100'000 Emails im Postfach hat oder die Post mit einem kleinen Laster vorfahren muss, um 100'000 Briefe abzuliefern. Die an sich vorteilhafte Tatsache, dass digitale Petitionen nicht einmal mehr eine Briefmarke und anderen Aufwand kosten, könnte in der Wahrnehmung des Adressaten aber durchaus auch hinderlich sein.

Wie schon die freie Meinungsäußerung ist diese Form des politischen Protestes durch Gesetze oder Verfassungen geschützt (zumindest hier in Europa), allerdings setzt die Petition schon einen gewissen Konsens bei genügend Leuten voraus, um überhaupt wirkungsvoll sein zu können.

### *Stufe 3: Web-Graffiti*

---

Die nächste Stufe ist die Meinungsäußerung „auf fremden Eigentum und eventuell gegen den Willen des Eigentümers“ – in der realen Welt unter anderem als Graffiti oder auch als wilde Plakatierung bekannt, bei dem politische Aussagen oder Sujets auf Häuserwände oder andere Flächen im öffentlichen Raum aufgesprüht oder als Plakate aufgehängt werden.

Im Internet wäre eine entsprechende Aktionsform wohl das Web-Defacing – und wie in der realen Welt ist das (leider) auch nur selten tatsächlich als Ausdruck einer politischen Meinung zu verstehen, sondern reduziert sich auf individuelle oder Gruppen-“Tags“ oder andere unpolitische Äußerungen.

Wird diese Aktionsform aber als politischer Protest eingesetzt, so ist in beiden Welten das Ziel immer, mehr Menschen mit der politischen Aussage zu erreichen und nicht zu warten, dass sie darüber eher zufällig stolpern. Allerdings gibt es auch wesentliche Unterschiede, die die „Akzeptanz“ einer solchen Aktion beeinflussen:

1. Das „Entfernen“ von Graffiti oder Plakaten kann in der realen Welt für den Eigentümer teuer werden; die Restaurierung der digitalen Hauswand ist vergleichsweise billig und bedeutet selten mehr als ein paar Tastendrucke. Klug argumentiert kann dies zum Vorteil für diese digitale Protestform werden.
2. Ein Web-Defacing ersetzt in der Regel die gesamte originale Webseite, während Plakatierung oder Graffiti nur kleine Bereiche der Fassade oder Fläche als Träger benutzen. Würde statt dessen nur ein Teil der Webseite (oder so etwas wie ein Popup) genutzt, wäre möglicherweise die Ablehnung solcher Aktionen bei der Mehrheit der Internetnutzer geringer.
3. Politisches Graffiti in der realen Welt wird in der Regel nicht nur auf den Flächen aufgebracht, die in direktem Bezug zum politischen Anliegen stehen, sondern auf „irgendwelchen Flächen und Fassaden“. Web-Defacing findet hingegen vorzugsweise Anwendung gegen die Webseiten derjenigen, die auch das Ziel des Protestes sind. Wird der vorherige Punkt beachtet, könnte sich das aber ändern.

Wie das Graffiti in der realen Welt wird Web-Defacing wohl den Ruf des „Vandalismus“ nur schwer loswerden; und solange nur ganze Webseiten durch mehr oder weniger unintelligente Inhalte ersetzt werden, wird sich das wohl auch nicht ändern. Wenn nicht die Mehrheit der Menschen, die auf einer deface'ten Webseite landet, entweder lacht, weint oder den Inhalt zumindest interessant findet, hat diese politische Aktionsform ihr Ziel verfehlt – und schon sind wir wieder beim *Primat des Inhaltes* und der damit einhergehenden Forderung, auch kreative Formen der Inhaltspräsentation zu finden.

Aus juristischer Sicht wäre hier anzumerken, dass Graffiti früher meistens nur schadensersatzpflichtig, aber nicht strafbar war. Heute kann Graffiti auch wegen seiner „Nebenwirkung“, nämlich der Sachbeschädigung (StGB §303), verfolgt und bestraft werden; nur sehr selten auch wegen seines politischen Inhaltes. Web-Defacing kann als „Cyber Crime“ in den meisten Jurisdiktionen deutlich härter bestraft werden; Haftstrafen von bis zu fünf Jahren sind da keine Seltenheit, speziell wenn angeblich „sensible Bereiche“ wie Behörden oder das Militär betroffen sind.

## Zwischenbemerkungen

Alle drei bisherigen Stufen sind eher individuell ausgerichtete Aktionsformen und sollten primär nicht unter dem Aspekt ihrer Wirksamkeit bei der Erreichung eines politischen Zieles bewertet werden – das ist gar nicht ihre Aufgabe. Ihre Stärke ist eher das Entwickeln eines „Zusammengehörigkeitsgefühl“ unter den Beteiligten, auf dem dann die nachfolgenden Stufen aufbauen können. Trotzdem spielen sie eine wichtige Rolle, weil genau hier die Anliegen und Zielsetzungen der ganzen Pyramide – und damit letztendlich ihre Legitimation – definiert werden.

## Stufe 4: Demonstrationen

Die Demonstration ist in der realen Welt die vielleicht bekannteste Form des politischen Protestes – und ohne wirkliches Äquivalent im Internet.

Dies liegt zum einen an der juristischen Grundlage für Demonstrationen, die sich in Deutschland auf den Artikel 8 des Grundgesetzes berufen (Versammlungsfreiheit), bei der die physische Präsenz als wesentlicher Bestandteil der politischen Willensäußerung interpretiert wird. Diese Voraussetzungen sind in der körperlosen digitalen Welt so nicht zu erfüllen, und „virtuelle Demonstrationen“ mit Avataren auf Plattformen wie *Second Life* oder ähnlichem sind zur Zeit wohl auch noch keine echte Alternative.

Deshalb müssen wir mal abstrahieren, was eine Demonstration faktisch präsentieren soll:

1. Es ist eine (kollektive) Meinungsäußerung
2. Es soll gezeigt werden, dass *viele* Menschen diese Meinung vertreten und bereit sind, dies auch durch (physische) Präsenz zu demonstrieren
3. Der primäre Adressat ist die Öffentlichkeit, die diese Meinung nicht aktiv vertritt, nicht kennt oder sogar ablehnt
4. Der sekundäre Adressat ist derjenige, der das gemeinsame Anliegen realisieren könnte (Erfüllung der politischen Forderungen) und durch die „Masse“ beeindruckt werden soll

Demonstrationen sind damit so etwas wie Petitionen an die Öffentlichkeit, der gezeigt werden soll, dass sich viele Menschen für ein gemeinsames Ziel und Anliegen einsetzen und dafür bereit sind, einen Aufwand auf sich zu nehmen – auch in der Hoffnung, dass sich dadurch weitere Teile der bisher passiven oder indifferenten Bevölkerung der Zielsetzung anschließen und damit die politischen Entscheider dazu bringen, die gestellten Forderungen zu erfüllen.

Die Ausrichtung einer Demonstration auf physische Präsenz ergibt sich aus dem *Grundgesetz der BRD* und dies ist ein prä-Internet Dispositiv; die *Charter der Grundrechte der europäischen Union* ist hier schon etwas fortschrittlicher. In Art.12 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) heisst es dazu in Absatz 1:

**Jede Person hat das Recht, sich insbesondere im politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich auf allen Ebenen frei und friedlich mit anderen zu versammeln und frei mit anderen zusammenzuschließen, was das Recht jeder Person umfasst, zum Schutz ihrer Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.**

Auf dieser Grundlage sind Demonstrationen, die nicht mehr die physische Anwesenheit der Teilnehmer erfordern, zumindest begründbar – aber es bleibt das Problem der Umsetzung in der digitalen Welt. Auch wenn Wikipedia unter dem Stichwort „*Online-Demonstration*“ einen längeren Artikel führt; so wirklich lassen sich die vier definierten Grundsätze einer Demonstration im Internet nicht erfüllen; speziell der primäre Adressat „Öffentlichkeit“ ist durch die dort beschriebenen Aktionsformen nicht direkt erreichbar. Ob eine rein mediale Aufmerksamkeit dies ersetzen kann, bleibt aus meiner Sicht fraglich, weil den Online-Demos „die Macht der Bilder“ versagt bleibt.

## Stufe 5: Streik/Boycott

---

Die nächste Stufe des politischen Protestes ist der Streik bzw. der Boykott, wobei in der realen Welt die Unterscheidung durch das Innen- und Aussenverhältnis bestimmt wird. Die Mitarbeiter (innen) bestreiken ein Unternehmen, die Kunden und Partner können es boykottieren.

Streik und Boykott stellen dabei eine besondere Form der Demonstration dar: Ziel der Aktion ist es, die Abläufe und Funktionen des betroffenen Unternehmens *durch Nichthandeln* zu stören oder sogar zu unterbinden, damit es die Forderungen der Aktivisten erfüllt; die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist dabei nur noch sekundär. Aus diesem Grund lässt sich der Streik bzw. der Boykott auch einfacher auf die digitale Welt übertragen, denn *Nichthandeln* geht im Internet genauso einfach wie in der realen Welt.

Bei jedem Streik oder Boykott im Internet ist – wie auch in der realen Welt – die Einbettung der Aktion in andere Protestformen (in unserer Darstellung also die Stufen 1 bis 4) wesentlich, da das *Nichthandeln* an sich noch keine explizite und wahrnehmbare politische Meinungsäußerung ist.

Wie bei allen kollektiven Protestformen ist das eigentliche Problem hier die Mobilisierung der Teilnehmer. In der realen Welt wird dies bei Streiks zum Beispiel vorrangig durch Gewerkschaften erreicht, die nach Artikel 12 der EU-Grundrechts-Charter einen besonderen Schutz geniessen. Vielleicht wäre es ja an der Zeit, das sich Leute z.B. in einer Internet-Gewerkschaft zusammen schliessen...

Juristisch gesehen ist diese Protestform ziemlich unkritisch; *Nichthandeln* ist nur in ganz, ganz wenigen Fällen rechtlich relevant – ausser „*unterlassene Hilfeleistung*“ fällt mir nichts ein.

## Stufe 6: DDoS / Sitzblockade

---

Nicht nur in den Medien haben in den letzten Monaten die digitalen Proteste von *Anonymous* die grösste Aufmerksamkeit bekommen; zudem wird ihnen mehrheitlich auch eine politische Motivation für ihre Aktionen zugestanden. Die von einer Unzahl von Aktivisten ausgeführten *Distributed Denial of Service*-Aktionen gegen verschiedenste Ziele im Internet werden von der Presse und den betroffenen Unternehmen und Institutionen – aber leider auch von vielen Unterstützern – als *Angriffe* bezeichnet und damit schon durch die Wortwahl in eine mehr oder weniger kriminelle Ecke gestellt.

Tatsächlich ist diese Aktionsform aber am besten mit den *Sit-Ins* oder *Sitzblockaden* der realen Welt vergleichbar. Wie dort wird das Ziel des Protestes durch aktive Aktionen in seinen Abläufen und Funktionen gestört – stellt also so etwas wie eine Verschärfung des Streiks bzw. Boykotts dar. Zudem ist der Protest hier wie dort an sich *gewaltfrei*, d.h. es werden weder Sachen noch Personen durch die Aktion direkt dauerhaft beschädigt oder gar zerstört.

Am Beispiel des DDoS zeigt sich zum ersten Mal deutlich, dass die legale und auch legitime Bewertung zwischen digitaler und realer Welt sehr unterschiedlich sein kann. Während in der realen Welt *Sitzblockaden* – wie in der Einleitung schon erwähnt – heute als legale Form der Versammlungsfreiheit und nicht mehr als Nötigung gelten, so muss dieses Umdenken in Bezug auf politisch-motivierte DDoS-Aktionen noch stattfinden. Aktuell wird hier noch der Vorwurf des „Cyberterrorismus“ erhoben und Aktivisten, denen eine Teilnahme an solchen Aktionen nachgewiesen werden können, müssen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Ein Umdenken kann hier nur stattfinden, wenn von den Aktivisten das Anliegen und nicht die Form des Protestes in den Vordergrund gestellt wird und es für die Öffentlichkeit verstehbar ist, *warum* diese Aktion gerade jetzt gegen das Ziel ausgeführt wird. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal betonen, wie wichtig ich die Einbettung dieser Aktionsform in die unteren Stufe der Pyramide halte – nur durch eine breite Basis, die sich inhaltlich mit den Zielen der DDoS-Aktionen solidarisiert, kann so etwas wie eine Gesamt-Akzeptanz erwachsen. Deshalb frage ich mich schon, ob eine grundsätzlich ablehnende Haltung, wie sie auch von Teilen des CCC praktiziert wird und die den DDoS-Aktivisten die Solidarität ausdrücklich verweigert, nicht denjenigen in die Hände spielt, die mit der Kriminalisierung der Protestform auch das Anliegen an sich kriminalisieren wollen.

## Zwischenbemerkungen

Den letzten drei Aktionsformen ist gemeinsam, dass sie kollektive Proteste sind und so auch einen gewissen Schutz gegen individuelle Verfolgung bieten, wobei – zumindest in der realen Welt – die Proteste selbst als legale Aktionsform gelten und damit in der Regel ohne juristische Folgen bleiben, was aber persönliche Konsequenzen nicht notwendigerweise ausschließt.

Ganz anderes sieht das bei den beiden letzten Aktionsformen aus, die ich hier ansprechen möchte:

## Stufe 7: Inanspruchnahme von legitimen Rechten

Eine spezielle Form der politischen Aktion ist es, wenn Einzelne (oder auch Gruppen) nicht nur Rechte einfordern, sondern diese Rechte einfach schon jetzt für sich in Anspruch nehmen und danach handeln.

Beispiele für solche Aktionen sind in der realen Welt leicht zu finden, da sie besonders eindrücklich sind und in Erinnerung bleiben: So wie Rosa Parks, die sich 1955 einfach weigerte, ihren Sitzplatz im Bus an einen Weißen abzutreten und damit die amerikanische Bürgerrechtsbewegung einen entscheidenden Schritt vorwärts brachte, der letztlich zur Abschaffung der gesetzlichen Rassentrennung führte. Oder die Aktion von Mahatma Ghandi, der nach einem langen Marsch einfach Salz aus Meerwasser gewann und damit ein Fanal für das Ende der englischen Herrschaft in Indien setzte.

Als Beispiel aus der digitalen Welt können hier sicherlich die frühen Hacker angeführt werden, die gegen die Vorschriften des FTZ einfach *illegale Modems* an das deutsche Telefonnetz angeschlossen haben und damit Haftstrafen von bis zu fünf Jahren riskierten – mehr als wie für die fahrlässige Auslösung einer Atomexplosion drohten, wie Wau Holland immer wieder betonte. Das auch diese Aktionen das Ende der Netzhoheit der Bürokraten eingeläutet haben und dass das Anschliessen von Modems heute als erste Bürgerpflicht gesehen wird, zeigt deutlich, dass Legitimität durchaus auch legal werden kann.

Heute ist es vielleicht WikiLeaks, das den unzensurierten Zugang zu öffentlich-relevanten Informationen einfach praktiziert – was zumindest die Amerikaner für schrecklich illegal halten. Dass heute die Bürokraten über *Open Government* und *Open Data* nachdenken, zeigt ebenfalls deutlich, dass viele Menschen diese Aktionsform für legitim halten und unterstützen.

In Zukunft gilt dies vielleicht auch für jeden einfachen Websurfer, der Tor, JAP oder andere Plattformen benutzt, um sein Recht auf Anonymität im Internet auszuüben – obwohl Anonymität bei uns heute noch nicht wirklich illegal ist – auch wenn einige Politiker das schon anders sehen.

Die hier beschriebenen Formen der politischen Aktion ist schon dadurch besonders, weil sie sich bewusst ausserhalb des geltenden Rechtsrahmens stellen und damit auch juristisch angreifbar werden, was sehr viel individuellen Mut erfordert. Wird die Aktion aber von einer grossen Zahl von Menschen als *legitim* betrachtet, ist sie eine enorm mächtige Form des Protestes mit hohem Impakt.

## *Stufe 8: Eskalation*

---

Die letzte Stufe – die *heftigste Aktionsform* nach unserem Klassifizierungsschema – ist die Eskalation, die am besten mit den Aktionen von militanten Gruppierungen der unterschiedlichsten politischen Ausrichtungen verglichen werden kann. Diese Formen des politischen Protestes sind nur unter sehr engen Bedingungen von einer grösseren Anzahl von Personen als legitime Formen der Aktion akzeptierbar; Bedingungen, die zum jetzigen Zeitpunkt bei uns wohl nicht vorliegen – aber eintreten könnten, wie schon das Grundgesetz in Artikel 20 Absatz 4 anerkennt.

Gemeinsam ist dieser Aktionsform mit der vorhergehenden, dass sie sich bewusst ausserhalb der gültigen Rechtsrahmens bewegt und deshalb juristisch angreifbar ist. Wenn überhaupt, macht der Begriff *Terrorismus* in diesem Zusammenhang Sinn; egal, ob man ihn jetzt positiv oder negativ versteht. Der logische und physische Angriff auf die Netzwerk-Infrastruktur hätte dabei vermutlich sogar einen grösseren Impakt auf die Gesamtgesellschaft als viele andere Formen der militanten Auseinandersetzung.

Warum erwähne ich diese Aktionsform überhaupt? Weil ich durchaus die Möglichkeit sehe, dass politisch-motivierte Internet-Aktivist\*innen zu einer solchen Lösung greifen, wenn sie den Eindruck haben, dass die vorherigen Stufen bewusst durch die herrschende Rechtsordnung kriminalisiert werden, so dass der Schritt zur Eskalation und Gründung einer „Digitalen Armee Fraktion“ nicht weit erscheint. Die differenzierte Bewertung der Aktionsformen trägt also dazu bei, diese Eskalation zu vermeiden; die Hetzer hingegen, die alles als „Cyberterrorismus“ abkanzeln, provozieren eine solche Entwicklung dagegen geradezu.

Dies bringt uns zu der eingangs schon gestellten Frage der Wirksamkeit politischer Aktionen: Sind die vorherigen Stufen der politischen Aktion nichts anderes als system-immanente Überdruckventile, die dafür sorgen, dass sich ein Gesellschaftssystem nicht wirklich verändern muss, sondern nur unter geänderten Rahmenbedingungen mit den alten Spielregeln weiterhin

funktioniert? Diese Frage wird sich meiner Meinung nach in den nächsten Jahren durch die steigende Präkarisierung auch gebildeter (Mittel-)Schichten immer drängender stellen und wir werden sehen, ob nicht neue Spielregeln auf Dauer unumgänglich werden. Hier und jetzt lassen wir die Frage im Raum stehen.

## *Abschliessende Bemerkungen*

---

Warum dieser Vortrag? Dafür gibt es aus meiner Sicht zwei Gründe:

1. Wir müssen als Hacktivist\*innen unseren Handlungsspielraum für politische Aktionen im Internet erweitern; dazu müssen wir eine Diskussion über die Legitimität und Formen politischen Protestes im Netz auf einer breiten Basis führen. Dieser Vortrag ist nicht mehr als eine Einladung zu dieser Diskussion.
2. Wir sollten als Hacktivist\*innen mehr Solidarität mit Aktionen zeigen, deren Ziel und Inhalt wir legitim halten – auch wenn uns die Form vielleicht nicht immer gefällt. Dann ist es an uns, bessere und kreativere Formen des Protestes im Internet zu entwickeln und zu praktizieren.

Dies wäre eine bewusste Gegenbewegung zum etablierten Politikbetrieb: Aus verschiedenen Ecken des politischen Spektrums wird immer wieder gefordert, dass *das Internet kein rechtsfreier Raum sein darf* – als wären heutige Gesetze im Internet nicht jetzt schon anwendbar. Tatsächlich wird das Internet durch diese Politiker und ihre Büttel nach und nach zum rechtsfreien Raum gemacht, weil sie mit fadenscheinigen Argumenten versuchen, die persönlichen Rechte der Nutzer im Internet abzuschaffen. Zu diesen Rechten gehören unter anderem das Recht auf Anonymität, der unbedingte Schutz der Privatsphäre und das Grundrecht auf politische Meinungsäußerung – kurzum: Freiheitsrechte. Aber Freiheit wird dabei von der politischen Klasse zumeist als Gefahr und nur selten als Chance gesehen.

Ich denke, wir haben Schmalspurpolitikern und Dünnbrettbohrern lange genug das Feld überlassen; es wird Zeit, mit *Hirn, Herz und Hand* das einzufordern, was wir als unsere digitalen Grundrechte empfinden. *Ein rechtfreies Internet darf es nicht geben!* Und dazu braucht es auch Formen des politischen Protestes im Internet, um uns und allen anderen diese Rechte zu erkämpfen.

Nutzt also auch diesen Event, um mit dem *Hirn* Positionen zu entwickeln und klug zu argumentieren; findet den Mut im *Herzen*, diese Positionen gegen den Mainstream und die allgemeine Gleichgültigkeit zu vertreten und habt die *Hand* an der Tastatur, um die gemeinsamen Ziele auch durch Aktionen im Netz zu erreichen.